Nr. 2 · XXVI. Jahrgang

Donnerstag, 3. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Kunstsatz mit 10 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 30 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 [illegible]
B mit „Illustr. Neueste" 1,45 [illegible] 4,35 [illegible]
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,[illegible]
B mit „Illustr. Neueste" [illegible]

Gesteigerte Artillerietätigkeit im Westen und Süden

Beratungen der Entente in Paris — Lebhafter Widerhall der Vorschläge von Brest-Litowsk bei den Feinden
Von einem U-Boot 45000 Tonnen versenkt, darunter ein Zerstörer — Neue Erklärungen Orlandos

Englische Friedensfühler?

Um die Jahreswende laufen durch die englische Presse wieder einmal Nachrichten, die sich in einem seltsamen Zickzackkurs bewegen. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian", des großen liberalen Blattes, das immer noch am meisten dem Gedanken eines Verständigungsfriedens zuneigte, schrieb am 31. Dezember: „Die britische Regierung betrachtet die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestellten Friedensbedingungen als ernsten Schritt von seiten der Mittelmächte und hat die feste Absicht, eine ernste, wohlüberlegte Antwort zu geben, sobald die Bedingungen offiziell überreicht sind. Lloyd George hat bereits selbst seine Reise nach Frankreich festgelegt, um mit Clémenceau darüber zu verhandeln." Diese Meldung des „Manchester Guardian" wurde sofort von dem offiziösen Reuterbureau verbreitet. Aber noch am gleichen Tage gab das Bureau folgende Meldung aus: „Auf Anfrage im Hause des Premierministers erfährt Reuter, daß dort nichts bekannt ist von der vom „Manchester Guardian" gemeldeten angeblichen Absicht Lloyd Georges, nach Frankreich zu reisen, um sich mit Clémenceau über die österreichisch-deutschen Friedensbedingungen zu besprechen."

Das Dementi Reuters kann nicht überraschen, überraschen konnte höchstens die Mitteilung des „Manchester Guardian". Denn was bisher und noch in den letzten Tagen über die Stellung des Verbandes zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk bekanntgeworden ist, ließ alles andre eher als den Schluß zu, daß die Westmächte die Absicht hätten, ernsthaft auf die Anregung von Brest-Litowsk einzugehen. Man braucht nur auf die Rede des französischen Außenministers Stephen Pichon zu verweisen, der in der Kammer als einzige Aufgabe der Stunde für Frankreich den Sieg bezeichnete und von irgendwelchen Verhandlungen nichts wissen wollte. Ebenso hat Clémenceau soeben den französischen Sozialisten erklärt, daß mangels ernstzunehmenden Vorschlägen der feindlichen Mächte keine Aussicht bestehe, sich an Verhandlungen zu beteiligen. Auch Lloyd Georges letzte Rede war noch völlig auf den Kriegston gestimmt, und Staatssekretär Lansing teilte kürzlich auf einer Journalistenkonferenz mit, er habe über die Erklärungen des Grafen Czernin in Brest-Litowsk nichts zu sagen. Amtlich werde von ihnen wahrscheinlich keine Notiz genommen werden. Eine New-Yorker Meldung des „Daily Telegraph" schränkt diese Erklärung dahin ein, Wilsons Beschluß, daß Amerika sich nicht an Friedensverhandlungen beteilige, bleibe unverändert, solange nicht anzunehmen sei, daß Deutschland bereit sei, auf seine militärischen Absichten zu verzichten. Sollten die vorläufigen Friedensvorschläge der Mittelmächte darüber eine feste Versicherung enthalten, so werde die amerikanische Regierung unter den ersten sein, die auf der Einberufung einer Friedenskonferenz beständen.

Von einem Einlenken der feindlichen Staatsmänner kann also keine Rede sein, und auch die Presse in den Ententestaaten hat, soweit sie dem offiziellen Kurs folgt, ihre kriegsfreundliche Haltung bis jetzt nicht im geringsten geändert. Freilich ist das Dementi Reuters sehr vorsichtig gehalten. Es stellt eigentlich nur die angebliche Reise Lloyd Georges nach Paris in Abrede, geht aber auf die sonstigen Mitteilungen des „Manchester Guardian" nicht ausdrücklich ein. Jedenfalls wird nicht direkt geleugnet, daß überhaupt ein Gedankenaustausch zur Formulierung einer Antwortnote stattfindet. Es verdient dabei Beachtung, daß Bonar Law und Chamberlain in Paris eingetroffen sind. Eine neue Aussprache über die Lage wird von mehreren beachtenswerten Stellen verlangt, und es ist sehr wahrscheinlich, daß der

Ministerrat in Paris,

der soeben unter dem Vorsitz Poincarés abgehalten wurde, sich mit der Frage der Friedensverhandlungen beschäftigt:

x. Genf, 2. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die Pariser Blätter melden, daß am 31. Dezember abends ein vierstündiger Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten stattgefunden habe, an dem auch die Botschafter Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten sowie der rumänische Gesandte teilnahmen. Wie der „Matin" erfährt, hat es sich bei den Beratungen um die Frage der Aufnahme eines bedingten diplomatischen Notenaustausches mit der Bolschewikiregierung in Petersburg gehandelt.

s. Basel, 2. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die Londoner „Morning Post" vom 30. Dezember bestätigt, daß die Alliierten an diesem Tage die direkten Besprechungen über ihre an Rußland zu gebende Antwort aufgenommen hätten und daß diese Antwort nicht vor dem 4. oder 5. Januar erfolgen könne.

× London, 1. Januar. (Reuter.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Chronicle" meldet: In Regierungskreisen wird anerkannt, daß die Vorschläge von Brest-Litowsk eine schwerwiegende neue Tatsache darstellen, von der amtlich Kenntnis genommen werden müsse. Selbst mit den Einschränkungen des Grafen Czernin sei die Annahme der russischen Formeln ein Anzeichen einer neuen Lage. Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Italien tauschten bereits ihre Ansichten aus.

kg. Wien, 2. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Wiener Allg. Ztg." meldet aus Rotterdam: Der „Manchester Guardian" veröffentlicht einen Artikel über die Friedensmöglichkeiten für England, in dem das Blatt schreibt: „Nach den Erklärungen Czernins in Brest-Litowsk beruht die Fortsetzung des Krieges auf einem Mißverständnis. Es ist Pflicht der Diplomatie, diesem Mißverständnis ein Ende zu machen und sich klar und deutlich auszusprechen."

× Bern, 31. Dezember. Zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk schreibt „Secolo", die Vorschläge des Grafen Czernin verlangten eine prompte Antwort, die übrigens nicht schwer zu geben sei, aber erfolgen müsse, um bei den Völkern nicht den Verdacht der Schwäche, der Angst oder geheimer Ambitionen aufkommen zu lassen, die nicht eingestanden werden dürften. Es gelte, offen die Gründe und Ziele des Krieges zu bestätigen. Die leidenden Völker müßten erfahren, daß die Entente keinen Tag länger Krieg führen werde, als zur Erreichung der gemeinsamen Ziele notwendig sei.

* Genf, 2. Januar. Der römische Berichterstatter des „Journal de Genève" erfährt, daß die deutsche Antwort in Brest-Litowsk in den Geheimsitzungen des italienischen Senats Gegenstand erregter Auseinandersetzungen gewesen ist. Einige Senatoren richteten das energische Ersuchen an die Regierung, den schweizerischen Bundesrat sofort um seine Vermittlung in der Friedensfrage zu bitten. In der über den Antrag herbeigeführten Abstimmung blieben die Antragsteller jedoch in der Minderheit.

In erster Linie dürfte es den Westmächten wohl darauf ankommen, weiteren Einfluß auf die Bolschewiki zu gewinnen und die russische Friedenspolitik in Bahnen zu lenken, die der Entente größere Aussicht auf eigenen Vorteil brächten.

Erfolgreiche Erkundungsvorstöße

× Großes Hauptquartier, 2. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Von Dixmude bis zur Deule war die Artillerietätigkeit von mittag an in einzelnen Abschnitten gesteigert. Nördlich und südlich von Lens lebte sie in Verbindung mit erfolgreichen Erkundungen vorübergehend auf. Auch zwischen Arras und St.-Quentin nahm das Feuer zeitweilig an Stärke zu. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Marcoing gefangenen Engländer hat sich auf 500 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nördlich von Craonne und beiderseits von Ornes erhöhte Gefechtstätigkeit. Erkundungsvorstöße führten an mehreren Stellen der Front zur Gefangennahme einer Anzahl Franzosen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front

Die Feuertätigkeit war auf der Hochfläche von Asiago und im Tombagebiet zeitweilig gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Lloyd Georges Neujahrstelegramme

(Privattelegramm)

+ Amsterdam, 2. Januar

Anläßlich des Jahreswechsels sandte Lloyd George Botschaften an das Volk in den Kolonien, an die Premierminister von Japan, Serbien, Rumänien, Portugal, Belgien, Griechenland, Frankreich, an Wilson und Orlando. Dem englischen Volke hielt er die großen Opfer der Truppen an der Front vor und ermahnte es zu größter Sparsamkeit auf allen Gebieten und zur Anspannung aller Kräfte, um die Menschheit von der Herrschaft des Militarismus zu befreien und der Welt den dauernden Frieden und die Freiheit zu bringen. An die Kolonien telegraphierte er: „Wir stehen jetzt weit im vierten Kriegsjahre. Trotz vielen Rückschlägen und vielen Enttäuschungen sind wir weit vorgeschritten auf der Straße zum Siege. Ich habe gute Hoffnung, daß noch vor Ablauf dieses Jahres der Zweck erreicht sein wird, für den wir kämpfen." Japan dankte er ebenso wie Amerika für die Mitwirkung ihrer Flotten; in der Botschaft an Wilson wies er auch auf die junge amerikanische Armee hin, die jetzt ausgebildet werde, um ihren Platz im Kampfe für die Freiheit der Menschheit einzunehmen. In den übrigen Telegrammen hebt Lloyd George die Freundschaft der Verbündeten untereinander hervor sowie die Entschlossenheit, zu kämpfen, bis die Welt von der Militärautokratie befreit sei.

Orlando im Senat

× Bern, 1. Januar

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" ergriff in der Senatssitzung der Ministerpräsident Orlando das Wort. Er betonte zunächst, wie wichtig der innere Widerstand für Italien sei. Alles, was darauf gerichtet sei, ihn zu schwächen, sei im gegenwärtigen Augenblicke Verrat und als feindliche Handlung zu bezeichnen. Denn das Dasein Italiens stehe dabei auf dem Spiele. Was die äußere Politik anbetreffe, so habe er die Verantwortung dafür nur unter der Bedingung übernommen, daß Sonnino sein Mitarbeiter werde. Der Partikularismus oder genauer ausgedrückt der Mangel an Koordination sei schuld an der Verlängerung des Krieges, denn die Völker der Entente seien nicht, wie ihre Feinde, von einem einheitlichen Willen beherrscht. Aber die Konferenz von Paris habe darin Wandel geschaffen und darüber hinaus die Zusammenkunft von Rapallo, als deren Ergebnis die italienische Armee den rechten Flügel der einheitlichen Armee der Alliierten bilde. Italien werde seinen Verpflichtungen auch weiterhin treu bleiben und den Einheitswillen bilden helfen. Es werde, um dem Siege entgegenzugehen, zu einer Koordination aller Hilfsmittel der Alliierten beitragen.

*

Beschlagnahme des Grundbesitzes in Italien?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 2. Januar

Der italienische Landwirtschaftsminister schlug die Ermächtigung der Regierung zur Besitznahme ländlicher Grundstücke und Betriebe sowie die Regelung des Anbaues und der Verwendung der Arbeitsmittel, Arbeitskräfte und Erzeugnisse vor.

*

Einsetzung eines Kriegsrates

Wie die Agenzia Stefani aus Rom meldet, setzt ein Erlaß einen Kriegsrat ein zur Beratung der Fragen, bei denen die Zuständigkeit der Zivilbehörden sich mit der der höheren Militär- und Marinestellen berührt. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus den Ministern des Aeußern, des Schatzes, des Krieges, der Marine und der Rüstungsangelegenheiten. Den Vorsitz führt der Ministerpräsident, der außerdem einen weiteren Minister zum Mitglied des Ausschusses ernennen kann. Die Chefs des Generalstabes und des Admiralstabes nehmen an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teil. Der Ausschuß vermindert keineswegs die Befugnisse des Kabinetts, das vom Ministerpräsidenten mit den Entscheidungen des Ausschusses bekanntgemacht wird.

*

Sonnino verlangt einen neuen Ententevertrag

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 2. Januar

Sonninos „Giornale d'Italia" verlangt einen ungesäumt festzulegenden neuen Ententevertrag gegen jeden Frieden auf der Grundlage der deutsch-russischen Abmachungen, weil dieser heimtückisch, schimpflich und unheilvoll sein würde. Es sei keinerlei Verhandlung ohne vorherige Räumung Belgiens, Nordfrankreichs und Venetiens möglich. Die letzte Unterredung Sonninos mit dem Botschafter Giers betraf die Aufrechterhaltung des Verkehrs der Entente mit der Petersburger Regierung. Sonninos Blatt tadelt die pöbelhaften Angriffe der Presse auf Lenin und Trotzki und die allzu offene Parteinahme für die Gegenrevolution.

Der polnische Ministerpräsident in Wien

Kaiser Carl hat am Montag den polnischen Ministerpräsidenten Kucharzewski in besonderer Audienz empfangen.

Die verschleppten Bulgaren aus der Dobrudscha

Vor kurzem brachte die Londoner „Morning Post" folgende amtliche Mitteilung der rumänischen Gesandtschaft in London:

„Die bulgarische Regierung hat am 5. September eine Bekanntmachung veröffentlicht, worin die Behauptung aufgestellt wird, die rumänische Regierung verschleppe die bulgarische Bevölkerung aus der Dobrudscha. Diese Beschuldigung entbehrt jeder Begründung und ist augenscheinlich erhoben worden, lediglich um die von den Bulgaren selbst begangenen Grausamkeiten zu entschuldigen. Zur Zeit der Kriegserklärung wurden die Angehörigen der feindlichen Staaten in der Dobrudscha und in andern Orten interniert, und ihre Rückkehr wurde, soweit es die Verkehrsmittel gestatteten, erlaubt. Anderseits protestiert die rumänische Regierung ganz energisch gegen die Verschleppung von Rumänen ins Innere Bulgariens und der Türkei, wo die Verschleppten dem größten Elend ausgesetzt sind. Viele davon sind gestorben, viele an den Bettelstab gebracht."

Der „Zentrale Volksrat in der Dobrudscha" ersucht uns, zu dieser Darstellung, die er als „empörende rumänische Dreistigkeit" bezeichnet, um folgende Feststellungen:

1. In 50 aufeinander folgenden Nummern brachte die Zeitung „Dobrudscha", nach Dörfern und Städten geordnet, die endlosen Verzeichnisse mit den Namen Tausender Männer, Frauen und Kinder, die im vorigen Jahre von den rumänischen Behörden in der Dobrudscha verschleppt und in Verbannung und Elend geschickt worden sind. Allein aus dem großen bulgarischen Dorfe Almalij, Kreis Ostrow, das bis zur rumänischen Mobilisation 1919 Einwohner zählte, wurden 1584 Personen verschleppt, unter denen 138 Kinder unter drei Jahren und 98 Greise zwischen 75 und 106 Jahren waren. Den Rest bildeten Jünglinge und Mädchen von 3 bis 18 Jahren, erwachsene Männer und alte Leute zwischen 48 und 75 Jahren. Aus der Stadt Tutrakan wurden 901 Personen verschleppt, aus Dobritsch 515, aus Tultscha 233, aus Gavarna 134, aus Silistria 327, aus Kalinetrowo 384, aus Groß-Kainardscha 145, aus Karaomer (Silistria) 681, aus Aidemir 271, aus Klein-Kainardscha 117, aus Vetren 102, aus Srebarna 104, aus Popina 115, aus Chaia Kioiseller (Dobritsch) 175, aus Karalez 94, aus Hunderten andern Dörfern der Dobrudscha von 30 bis 100 Personen, zusammen aus der ganzen Dobrudscha mehr als 25000 Männer, Frauen und Kinder, deren überwiegende Mehrheit rumänische Staatsangehörige sind und nicht Angehörige von feindlichen Staaten, wie es in der Mitteilung der Londoner Gesandtschaft behauptet wird. Am Vorabend der rumänischen Einmischung in den Krieg wurden innerhalb 15 Tagen nur aus der Süd-Dobrudscha jenseits der Donau 17518 Männer, Frauen und Kinder mitgeschleppt, aus dem Kreise Silistria 9641, aus dem Kreise Tutrakan 2264, aus Kubunar 1041 und aus dem Kreise Dobritsch 4567 Personen.

Die rumänische Regierung selbst hat offiziell die Tatsache anerkannt, daß sie bulgarische Bewohner aus der Dobrudscha verschleppte, indem sie auf die energische Vorstellung der bulgarischen Regierung durch die Schweizer Gesandtschaft in Rumänien, Verzeichnisse von den in Moldau internierten Bulgaren rumänischer Staatsangehörigkeit auslieferte. Diese Verzeichnisse, unterzeichnet vom Generalsekretär des rumänischen auswärtigen Ministeriums, Herrn Bursilia, sind das beste Dementi des Dementis der Londoner rumänischen Gesandtschaft.

2. Die Massenmorde des vorigen Jahres, begangen von rumänischen Soldaten und Schulleuten an unverteidigten Frauen, Kindern und Männern und Greisen in vielen Ortschaften der Dobrudscha wurden festgestellt und protokolliert von einer unparteilichen Enquetekommission, an der auch der Vertreter der nordamerikanischen Republik teilnahm. Allein in Dobritsch wurden am 5. Dezember 1916 in den Kasernen 57 unschuldige Bürger von Dobritsch erschossen. Die Namen dieser Unglücklichen sind in der Nummer 48 der Zeitung „Dobrudscha" veröffentlicht. Unabhängig von den Angaben dieser Enquete schildert ein offizieller Bericht des früheren Parlamentsdeputierten P. Babajnoff an den Kommandanten der Stadt Silistria das Schicksal der Verschleppten in den ersten Tagen ihrer Verbannung. Der Wortlaut dieses Berichtes ist jedermann zugänglich.

3. Die Behauptung der rumänischen Gesandtschaft in London, den internierten Angehörigen der feindlichen Staaten sei es gestattet worden, zurückzukehren, soweit die Verkehrsmittel es erlaubten, entspricht durchaus nicht der Wahrheit. Dieser Behauptung stellen wir die Mitteilung der deutschen Militärverwaltung im besetzten Rumänien entgegen, abgedruckt in der Nummer vom 29. Oktober der rumänischen Zeitung „Gazetta Bucurestilor". In dieser Mitteilung heißt es u. a.: „Tausende unschuldiger Deutscher, Oesterreicher, Ungarn, Bulgaren und Türken waren schon zu Beginn des Krieges von der rumänischen Regierung interniert und unter ungeheuren Qualen in die Moldau verschleppt. Dort werden sie auch noch heute in geschlossenen Lagern gehalten und leben unter schlechten hygienischen Verhältnissen ohne genügende Nahrung und Bekleidung. Die Verwandten dieser Internierten wissen nicht einmal, wer von ihnen gestorben und wer noch am Leben sei. Die verbündeten Staaten haben durch Vermittlung der neutralen Staaten zu wiederholten Malen die Befreiung der in die Moldau

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180103/1